

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Rieser.  
Bismarck Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptstaatsamts Weihen.

Postkontos: Dresden 1534  
Circulose Rieser Nr. 52.

Nr. 230.

Freitag, 2. Oktober 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demillimeter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Die Parteien zur Sicherheitskonferenz.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Berlin, 2. Oktober 1925.

In den parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich gegenwärtig ausschließlich mit der Frage, ob die innenpolitische Position des Kabinetts Luther auf genügend starken Grundlagen beruht, um ein so wichtiges Abkommen wie den Sicherheitspakt erfolgreich zum definitiven Abschluß zu bringen. Im Hinblick auf die Tatsache des wenig erfreulichen Ausgangs der diplomatischen Aktion über die Ardenner-Schuldfrage erscheint die Haltung der Deutschnationalen ungeklärt denn je; denn noch steht die Frage völlig offen, ob die Deutschnationalen Partei im Falle des Zustandekommens des Paktes im Parlament ihre Zustimmung zu den Abmachungen der Staatsmänner geben wird. Nachsichtige Führer der Deutschnationalen Partei sprechen die Auffassung aus, daß man erst das Ergebnis sehen müsse, ehe die Partei die Verantwortung für den Sicherheitspakt übernehme und es sei nicht daran zu zweifeln, daß die Überwindung der auch zur Zeit noch vorhandenen Bedenken erst nach sehr großen Schwierigkeiten erfolgen könnte.

Was die Deutsche Volkspartei anbetrifft, so tritt sie geschlossen hinter die Regierung Luther und wird auf jeden Fall den Entscheidungen der deutschen Staatsmänner ihre Zustimmung geben. Die völksparteilichen Politiker sind zuerst über die Haltung der Deutschnationalen einigermassen irritiert und befürchten, daß das Kabinett Luther großen innenpolitischen Schwierigkeiten ausgesetzt wird, wenn die Deutschnationalen ihre Kritik an den außenpolitischen Handlungen der Regierung in der bisherigen Weise fortführen.

Ähnliche Befürchtungen hegen die Zentrumskreise, die über die deutschnationalen Widerstände derartig verstimmt sind, daß sie jede Gelegenheit wahrnehmen, um die Deutschnationalen vor einer Überspannung ihrer widersprechenden Haltung ernstlich zu warnen. Die gegenwärtige parlamentarische Konstellation würde eine wesentliche Veränderung erfahren, wenn sich am Schluß der Sicherheitsverhandlungen herausstellen sollte, daß die Regierungsparteien nicht einig sind und daß das Reichskabinett auf die Solidarität der linken Opposition angewiesen wäre, um eine parlamentarische Mehrheit für ihre Außenpolitik zu erzielen. Das Zentrum ist der Ansicht, daß der Sicherheitspakt als eine rein außenpolitische Angelegenheit über alle parteipolitischen Bedenken hinweg in einer für Deutschland tragbaren Weise zustande kommen muß, wenn die Anstrengungen der letzten Monate wirklich zu einer erfolgreichen Sicherung des Friedens führen sollen. An den Deutschnationalen werde der Sicherheitspakt nicht scheitern, denn eine so wichtige Angelegenheit dürfe nur durch eine große parlamentarische Mehrheit im positiven wie im negativen Sinne entschieden werden. Stellen sich die Deutschnationalen außerhalb dieser Tatsache, dann könne man keiner Partei zuzumuten wollen, mit ihnen gemeinsam Regierungspolitik zu treiben.

Diese Anschauungen, die in den Kreisen der Regierungsparteien mit großer Entschiedenheit vertreten werden, zeigen, daß die Deutschnationalen Partei vor eine ernste Bewährungsfrage gestellt ist. Sie soll jetzt zum ersten Male außenpolitische Entscheidungen von größter Tragweite mit ihrer Mitverantwortung decken, während sie bisher ihre oppositionelle Einstellung in der Außenpolitik noch nicht ganz aufgeben zu können glaubte. Die Opposition, die von den Demokraten und der Sozialdemokratie auf einer einheitlichen Linie geführt wird, steht der Entwicklung der Dinge mit größter Spannung entgegen, denn eine plötzliche Schwächung der Deutschnationalen könne die Regierungspolitik im Reich mit einem Schlag von neuem aufrösten. Beide Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß sie einer verantwortlichen geleiteten Außenpolitik, die den realen Notwendigkeiten Rechnung trägt, ihre Unterstützung nicht verweigern dürften. Namentlich dann, wenn der Sicherheitspakt wirklich zustande kommen sollte, und wenn Deutschland auf gleichberechtigter Grundlage seinen Eintritt in den Völkerbund vollziehen werde, müsse das gegenwärtige Kabinett Luther trotz aller innenpolitischen Schwierigkeiten vor eine klare Situation gestellt werden. Hält es auf Grund der deutschnationalen Widerstände die parlamentarische Belastungsprobe nicht aus, dann dürfe nichts unversucht bleiben, um ein für Deutschland wertvolles Abkommen auch über bezwungene parlamentarische Klippen hinweg unter Dach und Fach zu bringen.

## Eine Konferenz der Innenminister.

Berlin. Wie gemeldet wird, sind die Innenminister der Länder für heute nach Berlin berufen worden, wo sie unter anderem mit dem Reichsminister des Innern über Polizeifragen im Zusammenhang mit der Entwaffnungsnote der Alliierten und über Fragen des Volkshausbaus beraten werden.

Dresden. (Funkpruch.) Der sächsische Minister des Innern Müller hat sich in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Schulze nach Berlin begeben, um an der heute dort stattfindenden Konferenz der Innenminister der deutschen Länder teilzunehmen.

Berlin. (Funkpruch.) Heute um 11 Uhr berieten die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in der Reichskanzlei. Die Herren sind zum Teil von ihren Finanzministern begleitet. Es handelt sich um Sparmaßnahmen.

## Erhöhung der Beamtengehälter abgelehnt.

Der Reichsfinanzminister über die Erlahmung der Steuerkraft.

Berlin. Gestern nachmittag haben im Reichsfinanzministerium die Beratungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Beamtenvereinigungen stattgefunden. An der Konferenz nahmen für die Regierung Reichsfinanzminister von Schlieben, sowie der Delegiert im Reichsfinanzministerium Ministerialdirektor Voths mit anderen Sachgelehrten teil.

Die Gewerkschaften, deren Sprecher der erste Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Klügel war, verlangten von der Regierung 1. eine allgemeine Ausbesserung der Beamtengehälter, 2. eine Kostendeckung oder einmalige Beihilfe und 3. die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses. Weiter wurde das Verlangen vorgetragen, die Beamtengehälter allgemein auf mehrere Monate hinaus vorweg zu bezahlen. Die Gewerkschaftsvertreter führten dabei aus, daß die Notlage der Beamten gegenwärtig außerordentlich groß sei und daß eine bedenkliche Verschuldung Platz gegriffen habe, die zu großen Bedenken Anlaß gebe. Die Beamten könnten heute unmöglich mit dem ihnen vor einem Jahre zugewilligten Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten und es sei aus diesem Grunde bedenklich, Beamte, die auf wichtigen und verantwortlichen Posten ständen, nicht so ausreichend zu belohnen, daß sie ihre ganze Kraft im Dienste zu widmen im Stande seien. Das fortwährende Steigen aller Gegenstände des täglichen Bedarfs und besonders der Nahrungsmittel habe innerhalb der Beamenschaft eine gewisse Erbitterung erzeugt und namentlich die mittleren und unteren Beamten wissen kaum, wie sie die notwendigen Aufschaffungen für den bevorstehenden Winter bestreiten sollen.

Reichsfinanzminister von Schlieben

erklärte demgegenüber, daß die Regierung, obwohl sie durch die Notlage der Beamten anerkenne, sich zu einer Erhöhung der Gehälter ebenso wenig entschließen könne wie zu der Zahlung einer Notstandshilfe. Die deutsche Wirtschaft befinde sich zur Zeit, wie auch den Beamten bekannt sei, in einer schweren Krise, die durch Kreditnot und den stark zurückgegangenen Absatz hervorgerufen sei. Eine generelle Erhöhung der Beamtengehälter würde eine Belastung der Wirtschaft bedeuten, die nach allgemeiner Ansicht nicht zu tragen sei. Die Steuerleistungen sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer seien an der Grenze des Möglichen angelangt. Die allgemeine Wirtschaftskrise habe es mit sich gebracht, daß im letzten Halbjahr die Steuern außerordentlich schleppend eingegangen seien und man müsse ganz allgemein ein Erlahmen der Steuerkraft feststellen. Unter diesen Umständen könne man es nicht verantworten, den Haushalt des Reiches zu belasten ohne die Aussicht zu haben, die entsprechenden Mehraufwendungen wieder herinzubringen. Es müsse zudem auch vom Staate dafür gesorgt werden, daß alle verfügbaren Gelder der Wirtschaft zugeführt werden, um eine Beförderung des Handels und der Industrie zu ermöglichen. Eine allgemeine Gehaltserhöhung der Beamten würde löhnpolitisch die Folge haben, daß die privaten Arbeitnehmer ebenfalls mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreten, und eine solche Maßnahme müßte die im Gange befindliche Preissteigerungspolitik der Regierung zu nichte machen. Außerdem würden auch mit dem gleichen Rechte die Rentner, die Kriegsveteranen usw. eine Erhöhung ihrer Bezüge verlangen.

An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine sehr rege Aussprache an, in der die Vertreter aller Beamtenvereinigungen das Wort ergriffen. Es wurde besonders betont, daß die Beamtengehälter, wenn man den Index aus dem Oktober 1924 mit der jetzigen Reichsrentenvergleich, bei weitem nicht mehr ein Realeinkommen darstellten, wie es noch vor 12 Monaten der Fall war. Die Kaufkraft der Beamten sei wesentlich gesunken und diese Tatsache wirke sich nicht unwesentlich auf die gesamte Wirtschaftslage aus.

## Die Beamtenvereinigungen zur Ablehnung ihrer Gehaltsforderungen.

Wie gemeldet wird, werden die Beamtenvereinigungen heute zu Beratungen zusammentreten, um zu der Ablehnung ihrer Gehaltsforderungen durch den Reichsfinanzminister Stellung zu nehmen.

## Die französisch-amerikanische Schuldenregelung.

Ein vorläufiges Abkommen zwischen Frankreich und Amerika.

Washington. Die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen endeten gestern mit einem vorläufigen Abkommen, das sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren erstreckt. Das Abkommen sieht eine jährliche Zahlung von 40 Millionen Dollar an die Vereinigten Staaten vor. Weitere Verhandlungen sollen aufgenommen werden, sobald die französische Regierung der Ansicht ist, daß die Verhältnisse ihr dies ermöglichen.

## Warnemünde—Kopenhagen in 47 Minuten.

Der versuchsweise zwischen Warnemünde und Kopenhagen eingerichtete Nachtluftverkehr wurde durch einen Schneesturm mit einem Funkenflugzeug eröfnet. Bei völliger Dunkelheit wurde die Strecke über die Ostsee zwischen Warnemünde und Kopenhagen in 47 Minuten zurückgelegt.

## Eisenbahner und Sicherheitspakt.

Eine Entschlieung an Dr. Stresemann.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann wurde am 28. September dieses Jahres abends auf Grund eines Beschlusses des Breslauer Gewerkschaftstages der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner von einer Abordnung, bestehend aus den Eisenbahnerabgeordneten der verschiedenen Reichs- und Landesparlamenten, soweit sie Mitglieder der genannten Gewerkschaft sind, nachfolgende Adresse überreicht:

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat auf ihrem, vom 13. bis 15. September in Breslau stattgefundenen Gewerkschaftstag die Behandlung der gewerkschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten im Zusammenhang mit den Verhandlungen in den Vordergrund gestellt. Die Verhandlungen, an denen über 200 Delegierte teilnahmen, die rund 150000 Eisenbahnbeamte, -angestellte und -arbeiter vertraten, waren getragen von der Erkenntnis, daß die Reichsbahngewerkschaft und damit ihr vielhunderttausendköpfiges Personal in einem Maße und Umfang an den Lasten des Dames-Gutachten und den sonstigen politischen Lasten herangezogen sind, die keineswegs einer gerechten Lastenverteilung entspricht. Hierzu einstimmig gefaßt:

Beschluß

besagt:

Wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige Gesamtwirtschaft ist ein hohemwertiges leistungsfähiges Bergbau- und Eisenbahngewerbe. — Die Deutsche Reichsbahn kann diese Aufgabe nicht erfüllen, weil sie Tarife erheben muß, die 14 bis 180 Prozent der Friedensstarke ausmachen. Diese Tarife sind notwendig, um einmal die Kosten aus dem Dames-Gutachten zu erfüllen, und außerdem 400 Millionen politische Lasten anzubringen, denen eine Gegenleistung nicht gegenübersteht. Es muß unter allen Umständen gefordert werden, daß die 400 Millionen politischen Lasten von der Reichsbahn genommen werden, um so eine Entlastung der Reichsbahn und damit der deutschen Wirtschaft (durch dann mögliche Tarifermäßigungen) herbeizuführen. — Eine Abmilderung der politischen Last ist aber auch deshalb unmöglich, weil diese Belastung auf die Dauer Personal- und Dienstverhältnisse bringt, die zu einer Gefährdung der Betriebssicherheit führen müssen.

Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen wurden von den Delegierten, besonders aus der Damar, weitere schwere Bedenken zum Ausdruck gebracht über die Befreiung des Reichsbundes, von Deutschland vermitteltes des Dames-Gutachten das Durchmarschrecht für weiteuropäische Truppen nach Ausland zu erzwingen. Die Eisenbahner befürchten, daß sie dann wieder, wie beim Ruhrkampf, die Hauptleidtragenden sein werden.

Diese Bedenken wurden noch verärtert durch die Pläne des Verkehrsministeriums beim Völkerbund über die Errichtung eines mitteleuropäischen Verkehrsblades.

Je nachdem, wie dieser zustande käme, so wurde gefordert, sei es möglich, daß es mit der von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner angeforderten Rücküberführung der Reichseisenbahnen in die Oberhoheit des Deutschen Reiches ein für allemal vorbei sein werde. Die Hoffnung der Deutschen Eisenbahner auf eine Wiedervereinigung mit den reichsdeutschen Eisenbahnern würde damit ebenfalls endgültig vernichtet.

Die Delegierten waren sich darin einig, daß sie nicht die Aufgaben der Regierungskoalition beim Reichskabinett zu erfüllen haben, weil die Lösung politischer Fragen nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehört. Da die an sich politische Frage des Dames-Gutachten unter Umständen jedoch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für Reichsbahn und Reichsbahnpersonal haben kann, wurden die dem Reichstage und preussischen Landtage angehörenden Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die den verschiedenen bürgerlichen Parteien angehören, beauftragt, dem Herrn Reichsaussenminister diese Bedenken vor seiner Abreise nach dem Tagungsort der Konferenz der Kabinettsrats und Außenminister vorzutragen.

Im Verlaufe der Aussprache wurden weitere wichtige Fragen des Bergbau- und Eisenbahngewerbes, insbesondere die drückenden politischen Lasten der Reichsbahn behandelt. Die von der Delegation entwickelten Gedankengänge wurden von dem Reichsaussenminister gewürdigt und werden bei den weiteren Arbeiten der Reichsregierung ernste Beachtung finden.

## Parlamentarische Besprechungen beim Reichskanzler.

Berlin. Wie wir hören, wird Reichskanzler Dr. Luther vor der Abreise der deutschen Delegation die Führer der verschiedenen Reichstagsparteien nochmals zu einer letzten Aussprache empfangen, die aber lediglich informativen Charakter hat. Irigendwelche Rundgebungen oder Beschlüsse sind nicht zu erwarten. Die deutsche Delegation wird von sämtlichen in Berlin weilenden Ministern des Reichskabinetts zum Bahnhof begleitet werden. Die ständige Fühlungnahme zwischen den deutschen Delegierten und den in Berlin weilenden Ministern wird auch während der Konferenz gesichert sein. Die Vertretung des Reichskanzlers Dr. Luther während seiner Abwesenheit von Berlin hat abermals Reichswehrminister Dr. Gessler übernommen.

## Die Lage in Syrien.

Paris. Genas meldet aus Beirut: Im Dschebel Drus haben sich die französischen Truppen erneut in Bewegung gesetzt. Die Operationen werden in eine neue aktive Abwehr treten.